

Eckpunktepapier zu einer gemeinwohlorientierten Forschungspolitik

For Germany, with its ambitious commitment to science and advanced technology as the basis for its strong industrial performance, it is particularly important to ensure that public and private research strategies are strongly focused on key sustainability issues. Enhancing the quality of German sustainability solutions would add to its competitiveness in the global market place.

(Second Peer Report on Sustainability 2013)

Nicht nur der zweite Peer Report zur Nachhaltigkeitsstrategie mahnt die deutsche Forschungspolitik, konsistenter als bislang die Forschungsstrategien damit auf Gemeinwohlorientierung zur Sicherung der kollektiven Güter auszurichten. Transdisziplinäre Forschungsansätze unter Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure und ein gemeinsames Agenda-Setting sind dazu unverzichtbar. Dieses Eckpunkte-Papier möchte eine Analyse vornehmen, wie Forschung und Gemeinwohl bislang verlinkt sind, welche Anforderungen an die Forschungspolitik hinsichtlich der Großen Herausforderungen gestellt werden und welche Schritte hin zu einer gemeinwohlorientierten Forschungsstrategie erforderlich sind.

Hintergrund

Große Forschungsprogramme wie die *Hightech-Strategie für Deutschland* (Umfang 27 Milliarden Euro zwischen 2010 bis 2013)¹ oder die *Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030* (Laufzeit 2010 bis 2016, Umfang 2,4 Milliarden Euro)² dominieren die Forschungslandschaft. Die Hightech-Strategie bündelt die Förderstrategien wichtiger gesellschaftlicher Bereiche wie Energie, Mobilität, Sicherheit, Kommunikation, Ernährung, Ressourcensicherung und demografischer Wandel. Sie zielt darauf ab, den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu fördern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zu sichern. Die Bioökonomie-Strategie strebt die Umstellung einer erdölbasierten- auf eine biomassebasierte Wirtschaftsproduktion an. Die jeweiligen konkreten Forschungsziele formulieren Expertenkommissionen wie die *Forschungsunion Wirtschaft – Wissenschaft*³ oder der *Bioökonomierat*⁴ als Empfehlung an die Bundesregierung. In der Forschungsunion (bis 2013) war

¹ www.hightech-strategie.de

² www.bmbf.de/de/biooekonomie.php

³ www.forschungsunion.de

⁴ <http://biooekonomierat.de>

als Akteur der Zivilgesellschaft nur der Deutsche Gewerkschaftsbund, im Bioökonomierat nur der Deutsche Bauernverband vertreten.

Kontingenz, d.h. die Erfahrung, dass Ereignisse auch völlig anders als geplant laufen können (Luhmann 1984, 152) und nicht intendierte Nebenfolgen der Industriegesellschaft prägen die Moderne.⁵ Die Technik- und Ingenieurwissenschaften haben nicht nur einen beispiellosen Wohlstand für die Industrieländer ermöglicht, sondern auch eine große Zerstörungskraft entwickelt. Phänomene wie der Klimawandel, ein rapider Ressourcenabbau und die Nahrungsknappheit im Süden haben das Vertrauen in die technische Lösbarkeit der komplexen Herausforderungen erschüttert. Wissenschaft müsste beitragen zu einem Lebensstil, der global und über weitere Generationen die Grundsicherung der Menschen mit Nahrung, Wasser, Ressourcen und Gesundheit garantiert. Doch Nachhaltigkeit hat es in der Regel schwer, obwohl kein Entscheidungsträger den Grundsatz der Nachhaltigkeit öffentlich in Frage stellen würde – bietet der Begriff doch einen normativen Grundkonsens, an dem sich demokratische Politik zu orientieren hat. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung definiert Nachhaltigkeit als „concept of needs“, der Sicherung der Lebensgrundlagen für die heute lebenden wie zukünftigen Generationen. Doch öffentliche Forschungsprogramme unterstützen nur am Rande die gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist kein Konzept des „business as usual“. Das erschwert die Umsetzung und erzeugt Widerstände, da die Auffassungen darüber, was Nachhaltigkeit konkret an Handlungen erfordert, auseinandergehen. Folgerichtig formuliert der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen in seinem Jahrgutachten (WBGU 2011) die Aufforderung an die Politik, den gesellschaftlichen Suchprozess hin zu einer klimaverträglichen und ressourcenleichten Gesellschaft zu moderieren, da es sowohl über die konkreten Nachhaltigkeitsprobleme wie auch über die konkreten Nachhaltigkeitsziele und auch über die Wege dorthin konkurrierende Vorstellungen gibt, so dass Aushandlungsprozesse über angemessene Formen der Wissensgenerierung und –bewertung wie auch über Handlungsziele und –strategien geregelt werden müssen. Unbeantwortet bleibt die Frage, wo und wie diese Aushandlungsprozesse geregelt werden sollten.

⁵ Kontingenz ist etwas, was weder notwendig noch unmöglich ist; was also so, wie es ist, war und sein wird, sein kann, aber auch anders möglich ist. Der Begriff bezeichnet mithin Gegebenes (zu Erfahrendes, Erwartetes, Gedachtes, Phantasiertes) im Hinblick auf mögliches Anderssein; er bezeichnet Gegenstände im Horizont möglicher Abwandlungen.

Der Kerngedanke eines gesellschaftlichen Prozesses auf dem Weg zur Nachhaltigkeit ist hiermit formuliert. Vor diesem Hintergrund treten Politik und Wissenschaft vermehrt an die Zivilgesellschaft heran, um sie in Wissenschaft und Forschungspolitik stärker einzubinden. Der Koalitionsvertrag setzt einen neuen Rahmen für die Beteiligung der Zivilgesellschaft.

"Wir wollen Bürgerinnen und Bürger und die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagenden einbinden." (S. 151).

Ebenso kommen von der Seite der Wissenschaft die Anforderungen an Mitgestaltung wie beispielsweise mit den Formeln Co-Design, Co-Produktion aus dem Future Earth Programm:

„Future Earth will provide a global knowledge and collaboration platform and deliver a step-change in the way science for sustainability is produced and used. (...) The scale and magnitude of global environmental change and the risk posed to ecosystems and societies requires a bridging of the gap between science, policy and practice, to deliver knowledge that will effectively support decisions and actions towards sustainability.“

Vor diesem Hintergrund haben die zivilgesellschaftliche Organisationen ihrerseits konkrete Anforderungen formuliert, dass und wie sie in Wissenschaft und Forschung stärker einbezogen werden wollen (DNR 2013, BUND 2012). Zentral sind dabei Forderung nach mehr Partizipation auf allen Ebenen des Wissenschaftssystems und einer weitaus stärkeren Ausrichtung an der Nachhaltigkeit.

2. Legitimation der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Eine repräsentative Demokratie setzt die Macht des Volkes in Wahlen und Mandaten um (Input-Legitimation). Dass sich in letzter Zeit zunehmend sogenannte Wutbürger in nicht unerheblicher Zahl öffentlich artikulieren, weist darauf hin, dass diese Form der Demokratie an Vertrauen verliert und zunehmend nach der Output-Seite (also der Nützlichkeit der gefassten Entscheidungen) gefragt wird.

Das formal korrekte Verfahren reicht nicht aus, es zählt die Qualität des Ergebnisses und die tatsächliche Beteiligungsmöglichkeit an relevanten Entscheidungspunkten. Die Aushandlung bedarf eines deliberativen Prozesses, d.h. eines Verfahrens der Meinungs- und Willensbildung im gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Der Begriff der Deliberation fußt auf der Theorie des kommunikativen Handelns von Habermas. Ein Konsens in der Gesellschaft wird über einen Diskurs erzielt, in dem sich die Diskursteilnehmer reziprok und gleichberechtigt anerkennen. Die Umsetzung dieses Ideals in Recht und Politik bezeichnet man als deliberative Demokratie (vgl.

Habermas 1992). Die Aufgabe der Politik liegt demnach darin, die wesentlichen gesellschaftlichen Kräfte in ein deliberatives Verfahren einzubinden, das den Anforderungen an Transparenz, Fairness und Partizipation genügt. Die Legitimation politischen Handelns ergibt sich aus diesen Kriterien.

Politisches Handeln orientiert sich am Gemeinwohl. Was das Gemeinwohl im Einzelnen bedeutet, muss in einer pluralistischen Gesellschaft unter Beteiligung möglichst viele Einzelinteressen ausgehandelt werden. Damit kommt die Frage nach einem fairen Verfahren zu dieser Aushandlung auf. Eine entscheidende Voraussetzung für ein solches Verfahren liegt darin, dass staatliche Entscheidungsträger zu allen Interessensträgern die gleiche Distanz wahren. Umgekehrt formuliert: Entscheidend für das Gemeinwohl ist es, möglichst diverse Interessensträger aus der Wirtschaft wie der Gesellschaft einzubeziehen, um die Breite der Gesellschaft abzudecken und nicht in Gefahr zu laufen, Partialinteressen zu privilegieren.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind insbesondere Interessensträger für Umwelt- und Naturschutz, Verbraucherschutz oder Soziale Belange. Sie sind nicht auf Gewinn ausgerichtete Zusammenschlüsse, die friedlich und öffentlich zur Durchsetzung gemeinwohlorientierter Ziele agieren.⁶⁷ Eine zentrale Funktion der zivilgesellschaftlichen Organisationen besteht darin, gesellschaftliche Interessen zu bündeln sowie diese Interessen gegenüber dem politisch-administrativen System zu vertreten. Die organisierte Zivilgesellschaft ist besonders geeignet, langfristig zu agieren und Gemeinwohlinteressen wie soziale Stabilität und ökologische Fragestellungen zu verfolgen.

Doch die Organisationen können ihre Aufgaben oft nur ungenügend erfüllen, da sie über limitierte personelle Ressourcen verfügen, um partizipative Prozesse angemessen zu begleiten. Große Unternehmen unterhalten gut ausgestattete Lobbybüros in Berlin und Brüssel, die an den vielfältigen Konsultationsprozessen im Agendasetting für Forschungsprogramme offline und online teilnehmen.⁸ Die vielfältigen Verfahren zu verfolgen, fällt den meist finanzschwächeren zivilgesellschaftlichen Organisationen schwer. Es fehlt an Personal, Reisekosten und Strukturen für Partizipation.

⁶ Zivilgesellschaft umfasst hier: „Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (Sozialpartner), Nichtregierungsorganisationen, Berufsverbände, gemeinnützige Einrichtungen, gesellschaftliche Basisgruppen, Organisationen, über die sich die Bürger am lokalen und kommunalen Leben beteiligen, insbesondere Kirchen und Religionsgemeinschaften“. <http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Zivilgesellschaft.pdf>

⁷ Nach Luhmann (1984) ist der Code für Kommunikation relevant/irrelevant.

⁸ <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=333&langId=de> (07/2013)

3. Partizipation im Agendasetting

Der Koalitionsvertrag verspricht die Akteure der Zivilgesellschaft konsequent in die Diskussion um Zukunftsprojekte und die Ausgestaltung von Forschungsagenden einzubinden. Wie sieht es mit der Einbindung aktuell aus? Forschung gilt als der wesentliche Innovationsfaktor der Wirtschaft. Wenn man Innovation wird hier umfassend versteht als eine mit technischem, sozialem und wirtschaftlichem Wandel einhergehende (komplexe) Neuerung, dann erscheint der herrschende Innovationsbegriff weitgehend auf technologische Innovationen verengt. Technische Innovationen sind wichtig, sie werden jedoch nicht ausreichen, um den großen Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit und Welternährung zu begegnen. Mehr unterschiedliche Interessen in das Agendasetting mit einzubeziehen, erhöht den folgerichtig den Innovationsgrad der Gremien.

Eine aktuelle Studie zu den Möglichkeiten der Verbände, sich beim Beschreiben von Forschungsprogrammen und – aufgaben einzubringen, kommt zu dem Ergebnis, dass diese wenigstens im Bereich Umwelt und Energie deutlich beschränkt sind (ISOE 2013).

Zwar gibt es diverse von Bundesministerien insbesondere im Rahmen der Energiewende gegründete Plattformen und Netzwerke, an denen einige wenige Umweltverbände beteiligt sind. Doch diese haben allein beratenden Charakter im Hinblick auf die Energiepolitik und weniger in Bezug auf Forschungsagenden. Beratungen über neue Forschungsprogramme sehen bisher weitgehend solche Beteiligungen nicht vor – es sei denn eher informell und ohne festes Regelwerk, wie z.B. in den sogenannten Fachgesprächen, die es im BMBF zur Ausgestaltung von Förderprogrammen und im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und seinen Ressortforschungseinrichtungen bei der Umsetzung von Forschung im Rahmen der politikberatenden Funktion der Bundesämter gibt.

Die Auswahl der Verbände in den dargestellten Kontexten muss hinterfragt werden. Dieser Aspekt erscheint – zumindest aus der Außensicht – intransparent.

4. Partizipation in der Forschung

Die Forderung nach Partizipation der zivilgesellschaftlichen Akteure ergibt sich aus der Natur der komplexen Probleme. Klimawandel oder die Sicherung der Welternährung verlaufen nicht in Disziplingrenzen sondern über die Disziplinen hinweg. Zudem lassen sie sich nicht im Labor erforschen, sondern müssen das Alltagswissen der Praxis ebenso mit einbeziehen, wie die

unterschiedlichen Vorstellungen von Zukunft und Werte gesellschaftlicher relevanter Akteure. Die Global Earth Forschung, die sich den globalen Veränderungen stellt, fordert folgerichtig, dass in die Problembeschreibung (Co-Design), Problemerkennung (Co Production) und Problembewertung- und -kommunikation (Co Kommunikation) die gesellschaftlichen Akteure mit einbezogen werden.⁹ Dieser Ansatz findet sich in den Konzepten von Transdisziplinarität und Transformation wieder.

Transdisziplinarität

Transdisziplinarität ist ein reflexiver Forschungsansatz, mit dem komplexe gesellschaftliche Probleme auf dem Wege interdisziplinärer Zusammenarbeit sowie der Kooperation zwischen Wissenschaft und außerwissenschaftlichen Akteuren bearbeitet werden können; der transdisziplinäre Ansatz zielt auf gemeinsame Lernprozesse zwischen Wissenschaft und Gesellschaft; Integrationsaufgaben sind dabei die wesentliche kognitive Herausforderung im Forschungsprozess. (Jahn et al. 2012: 4)

Transformative Forschung

Transformative Forschungsansätze folgen in der Regel einem transdisziplinären Forschungsmodus, können aber auch disziplinär oder interdisziplinär verfasst sein. Als transformativ wird Forschung dann bezeichnet, wenn sie – gewissermaßen in realexperimentellen Fallstudien – Gestaltungswissen erzeugt, das entweder unmittelbar oder als Katalysator für Transformationsprozesse wirkt. „Der WBGU bezeichnet mit dem Begriff transformative Forschung (tF) diejenige Forschung, welche die Transformation konkret befördert. Die transformative Forschung unterstützt Umbauprozesse durch spezifische Innovationen in den relevanten Sektoren“. (WBGU 2011: 23)

Dass Forschungsprozesse für komplexe gesellschaftliche Problemlagen am Besten gelingen, wenn von Beginn an alle Beteiligten mitwirken, ist hinreichend beschrieben.¹⁰ Oft wird jedoch nicht zwischen der Beteiligung von lebensweltlicher Expertise im Forschungsprozess selbst unterschieden (als sogenannte Praxispartner oder Stakeholder) und dem Mitwirken zivilgesellschaftlicher Akteure am Formulieren von gesellschaftsrelevanten Forschungsinhalten – also der Teilhabe *vor* dem Beginn der Forschung.

Häufig werden auch bei Beteiligung zivilgesellschaftlicher Expertise in Forschungsprojekten zunächst die Forschungsfragen und –ziele allein durch die Wissenschaftler/innen formuliert werden, während die gesellschaftliche Praxis erst später dazu kommt. Damit wird das Risiko übersehen, dass Praxispartner – wenn der Forschungsgegenstand nicht im Rahmen eines sogenannten *shared ownership* formuliert wird – die Erkenntnisse und Ergebnisse, die aus solchen,

⁹ Das Deutsche Nationale Komitee der Future Earth Forschung ist bei der DFG angesiedelt

¹⁰ vgl. Jahn 2008: 21; Bergmann et al. 2010: 33 ff.; Defila et al 2006: 70 ff. in Bergmann 2012, 10

nicht in Gänze geteilten Forschungsvorhaben entstehen, sich nicht oder nur beschränkt zu eigen machen und im behandelten gesellschaftlichen Problemfeld nur zögerlich oder gar nicht verfolgen, umsetzen oder unterstützen („unbalanced problem ownership“). Das uralte Problem eines Wissenstransfers, bei dem Forschungsergebnisse aus der Wissenschaft in die Gesellschaft transferiert werden, in umgekehrter Richtung aber ein Wissensfluss nicht erfolgt, stellt sich dann erneut.

5. Governance der Forschungspolitik

Nimmt man das gesellschaftliche Ziel der Nachhaltigen Entwicklung und die damit verbundenen Transformationsaufgaben ernst, so muss das neue Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, wie es der WBGU einfordert, auch kraftvoll gestaltet werden. Dieses Zusammenspiel lässt sich mit dem Begriff der Governance fassen. Dieser beschreibt:

„alle Formen und Mechanismen der Koordinierung zwischen mehr oder weniger autonomen Akteuren, deren Handlungen interdependent sind, sich also wechselseitig beeinträchtigen oder unterstützen können“.¹¹

Prägend für das Governance-Konzept ist, dass der Staat nicht länger der alleinige exklusive Produzent öffentlicher Güter darstellt. Private Akteure in die Produktion öffentlicher Güter einzubeziehen, ist die Folge der vielfältigen Beziehungen zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten und in den verschiedenen Politikfeldern sei es Wissenschaft, Umwelt oder Verkehr. Die Komplexität politischen Handelns hat erheblich zugenommen.

„Dies gilt für die Akteurskonstellationen und institutionellen Architekturen, in denen Entscheidungen getroffen werden, aber auch für die Problemkonstellationen. (...) All dies hat (...) zur Folge, dass die Notwendigkeit von Koordinationen (also Handlungsabstimmungen) und darüber hinausgehende Kooperation (als verabredete Zusammenarbeit verschiedenster Akteure) erheblich zunimmt.“ (a.a.O.).

Was folgt daraus für die Forschungspolitik? Kooperation und Koordination sind Schlüsselbegriffe für die Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Kooperation und Koordination in der Forschungspolitik mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren auf der einen Seite sind im Bereich der Wissenschaft (Transdisziplinäre Forschung) ebenso zu stärken wie im Bereich der Politik (partizipatorische Governance). Ähnlich argumentiert der Peer Review Report (2013, 75):

Mit Blick auf die forschungspolitische Steuerung empfehlen wir, den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und der nationalen Nachhaltigkeitsagenda – soweit dies der Sache angemessen ist – zu

¹¹ Benz 2007, 9 in Grande et al. 2013, 19

stärken. In derselben Weise, wie die Ziele der Agenda selbst unter Beteiligung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft entwickelt werden müssen, empfehlen wir, dass auch gut fundierte wissenschaftliche Befunde und Möglichkeiten des Co-Designs von Forschungsprogrammen genutzt werden. Die gemeinsame Formulierung wissenschaftlicher Zielstellungen sollte die Zivilgesellschaft und Vertreter aus der Praxis einbeziehen.

6. Rahmenbedingung für die zivilgesellschaftlichen Organisationen

In den ausschlaggebenden Gremien zur Forschungspolitik kommen Vertreter und Vertreterinnen aus Wissenschaft und Politik sowie aus der Wirtschaft (meist aus großen industriellen Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden) zusammen. Mit dem Blick auf Wirtschaftswachstum und Sicherung der Konkurrenzfähigkeit wird die Gemeinwohlorientierung in diesen Gremien begründet. Dabei zielen die vorwiegend technischen oder technologischen Forschungsaufgaben vorrangig auf Synergien mit den Unternehmenszielen. Die Forschungsfragen aus den gewinnorientierten Unternehmen orientieren sich im Rahmen der Unternehmensinteressen.

Um so mehr stellt sich die Frage, wo die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Forschungsfragen stellen, ihren Bedarf nach Erkenntnisgewinn befriedigen können. Wenn sie ihre Organisationsziele wie den Schutz der Biodiversität, der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit verfolgen wollen, müssen sie mit dem Vorlieb nehmen, was es an bestehenden Forschungsprogrammen gibt. Eine große, ungelöste Frage lautet beispielsweise, wie eine Gesellschaft innerhalb der planetaren Grenzen in einer sozial gerechten Welt aufgestellt sein muss. Wie werden dann Wohlfahrt und Sicherheit gewährleistet, die ein „Gutes Leben“ ermöglichen? Mit welchen betriebs- und volkswirtschaftlichen Modellen können externalisierte Kosten internalisiert werden, wie es der Rat für Nachhaltige Entwicklung fordert? Wie wird Nachhaltigkeit nicht nur ein beliebiges Attribut im Sinne von „nachhaltigem Wirtschaftswachstum“, wie man es häufig liest, sondern zu einem ernsthaften Ziel in der Politik? Das verhältnismäßig kleine Programm der Sozial-Ökologischen Forschung reicht da nicht aus. Ein systemischer Ansatz der Nachhaltigkeit ernst nimmt, würde auch nicht die ökonomischen orientierten Programme wie Hightech hier und sozial-ökologisch dort auseinander denken. Genau das Zusammendenken macht die Herausforderung der Nachhaltigkeit aus.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen mangelt es nicht nur an Zugängen sondern auch an Ressourcen, um ihre Ideen und Werte wirksam einbringen zu können. Die Studie des ISOE (2013) empfiehlt deshalb eine Alimentierung der Verbände und Netzwerke. Zivilgesellschaftliche

Organisationen sind in der Regel als gemeinnützig anerkannt und werden weitgehend von ehrenamtlichen Mitgliedern getragen, die als - oft wissenschaftlich ausgebildete – Experten und Expertinnen gelten können. Eine Aufwandsentschädigung ist auch deshalb gerechtfertigt, weil ein konkreter gesellschaftlicher Mehrwert erzeugt wird. Wenn die soziale (und nicht allein die ökonomische) Robustheit von Forschungsergebnissen gestärkt wird, erleichtert das die Umsetzung und ist damit im Interesse von Förderern, Politik und auch von Unternehmen, die sich auf marktgängigere Ergebnisse verlassen können.

Um eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaftliche Organisationen zu etablieren, wäre es begrüßenswert, wenn die organisierte Zivilgesellschaft unterstützt würde, eine gemeinsame Struktur oder Einrichtung aufzubauen, der auch solche Aufgaben übertragen werden könnten. Der Koordinationsaufwand für eine transparente und partizipative Besetzung von Gremien für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wird durch die Schaffung einer Dachstruktur verringert.

7. Voraussetzungen des Gelingens

Wir empfehlen daher, dass sich alle Schlüsselakteure um Mittel und Wege zur Verbesserung des Wissenstransfers, zur gemeinsamen Übernahme von Verantwortung und zur Steigerung von Kompetenzen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung bemühen sollten. Wir sind der Überzeugung, dass die Zivilgesellschaft in der Lage ist, größeren Input im Bereich der transformativen Wissenschaften und bei der Mitgestaltung von Prozessen zu leisten, und dies auch tun sollte (Peer Review 2013, 75).

Damit die Schlüsselakteure aus der Zivilgesellschaft, die großen und kleinen Verbände sowie lose aber höchst innovative Netzwerke, sich wie gefordert einbringen können, müssen neue Strukturen geschaffen und Beteiligung unterstützt werden:

1. Beteiligung gesellschaftlicher Akteure in Forschung und Agendasetting stärken
2. Mehr Ressourcen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitstellen
3. Empowerment und Capacity building in den zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken
4. Koordination und Kooperation in und zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen stärken – Idee einer zivilgesellschaftlichen Plattform
5. Bündelung des vorhandene vielfältige Wissen der Organisationen
6. Lose Netzwerke und kleine Verbände einbeziehen, innovative Ansätze sichtbar machen

1.) Obwohl die **Beteiligung gesellschaftlicher Akteure** am Formulieren von Forschungsfragen in einzelnen Vorhaben wie auch das Bestimmen von ganzen Forschungsagenden bzw. –programmen dazu führt, dass die gesellschaftliche Relevanz und die Umsetzungschancen befördert werden, fehlt diese oftmals. Wie beschrieben sind große Unternehmen durchaus in entsprechenden Programmbeiräten vertreten, während zivilgesellschaftliche Expertise in Beratungen über ganze Forschungsprogramme oder Forschungsstrategien kaum herangezogen wird. Wenn sie dabei sind, dann sind zivilgesellschaftlichen Organisationen oftmals in der Minderheit und können ihre Stimme kaum geltend machen. Dies lässt sich an der Forschungsunion, dem Forschungsforum Energiewende oder dem Bioökonomierat prominent nachvollziehen.

2.) Wenn es politisch gewünscht und wissenschaftlich notwendig ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen stärker sowohl im Agendasetting als auch in den transdisziplinären Forschungsabläufen beteiligt werden, dann müssen dafür **mehr Ressourcen als bislang** bereit gestellt werden. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen werden diese zusätzlichen Aufgaben nicht „on top“ leisten können. Die Schwierigkeiten lassen sich empirisch leicht darstellen, Forscher haben Mühe Praxispartner vorzuweisen, die Agendasettingprozesse des BMBF wie „Plattform Zukunftsstadt“ finden nur mühsam zivilgesellschaftliche Organisationen, die mitarbeiten. Dies führt zu Enttäuschungen auf beiden Seiten. **Koordination und Kooperation, eine partizipatorische Governance in der Forschungspolitik, ist eine staatliche Aufgabe. Wie diese ausgestaltet werden und wie die Hindernisse überwunden werden können, sollte mit den Beteiligten offen diskutiert werden.**

3.) **Das Empowerment und Capacity building** zu Wissenschaft und Forschung wird in den Zivilgesellschaftlichen Organisationen gestärkt, wenn bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Damit können langfristige, personenunabhängige Strukturen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen geschaffen werden. Es besteht eine gute Chance, dass sich somit wissenschaftliche Erkenntnisse (Transfer) schneller umsetzen und dass Blockaden reduziert werden. In den Verbänden selbst müssen Strukturen entwickelt werden, wie sie zum Problem- und Lösungsbezug von Forschungsprogrammen und –Projekte informiert beitragen können. Ebenso

muss mehr Kapazität aufgebaut werden, um zu Forschungsfragen und - agenden, die aus wissenschaftlicher Hinsicht von Interesse und Bedeutung sind, beitragen zu können.

4.) **Koordination und Kooperation** unter den Vertreterinnen und Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft im Thema Wissenschaft und Forschung sind noch wenig entwickelt. Erste zarte Anläufe existieren mit dem BMU-Projekt „Partizipation und Transparenz in der Forschungspolitik“. Dieses ist jedoch weitgehend auf Umweltverbände beschränkt und mit einem geringen Budget ausgestattet. Eine Kooperationsplattform der Verbände und Netzwerke aus der Zivilgesellschaft hätte den Vorteil, dass dort Wissen zu relevanten Themen erworben, geteilt und erhalten werden kann. Die Plattform könnte eine Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft bilden, die für ein entsprechendes Interesse in den Verbänden und kompetenten Vertretern für das Agendasetting oder Evaluationen von Forschungsprogrammen sorgt. Da „die Zivilgesellschaft“ nicht mit der Wissenschaft oder Politik spricht, könnte eine eigenständige Plattform die Sprachfähigkeit der Gesellschaft, ihre Interessenvertretung und ihren Beitrag zu robusten Lösungen ebenso wie zur Akzeptanz der Transformation erhöhen.

5.) Eine Aufgabe einer zivilgesellschaftlichen Plattform liegt darin, das bereits vorhandene **vielfältige Wissen der Organisationen zu bündeln und zu strukturieren**. Das wäre insbesondere im Hinblick auf die großen Forschungsthemen wichtig. Hierzu gehört die großen Themen der Hightech-Strategie genauso wie Städte der Zukunft oder Bioökonomie. In diesen Strategien sind bislang Konfliktfelder wie Rebound-effekt oder die Frage, wie weit die Effizienz trägt und wo man doch Suffizienz zur Erreichung der Ziele (Verlust der Biodiversität beispielsweise) hinzudenken muss, nicht gerade überbetont.

6.) Viele innovative Ansätze sind in **wenig strukturierten und kleinen Vereinigungen** zu finden. Hier entsteht ein Potenzial aus der Zivilgesellschaft heraus, das für die etablierten Akteure in der Forschungspolitik eher schwer zugänglich ist. Dazu gehören die Transformationsbestrebungen zur kohlenstoffarmen Gesellschaft wie Ökodörfer, Energiedörfer oder Transitiontowns. Gerade auf der lokalen und regionalen Ebene sind Verbindungen diese innovativen Strukturen zu den etablierten Verbänden der Zivilgesellschaft oft gegeben und eine entsprechende Plattform auf der Bundesebene spricht sich auch als Anlaufpartner sehr schnell herum. Dies zeigen die Erfahrungen des Projektes „Transparenz und Partizipation in der Forschungspolitik“. Hier könnte eine

entsprechende Schnittstelle die Distanz zwischen den Systemen verringern und spannende Ideen in den Forschungsprozess einbringen.

Literatur:

Abels, Gabriele und Anton Bora 2004. Demokratische Technikbewertung. Bielefeld: Transcript Verlag.

BUND 2012: Nachhaltige Wissenschaftspolitik.

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/nachhaltigkeit/20110202_nachhaltigkeit_wissenschaft_diskussion.pdf

DNR 2013: Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik.

http://www.dnr.de/downloads/20130828_zivilgesellschaftliche-forderungen-wi.pdf

ISOE 2013. Strukturelle und programmatische Hindernisse für eine Partizipation der Umweltverbände in der Forschungspolitik. Berlin VDW

http://www.forschungswende.de/index.php?option=com_content&view=article&id=131:strukturelle-und-programmatische-hindernisse-fuer-eine-partizipation-der-umweltverbaende-in-der-forschungspolitik&catid=13&Itemid=114

Grande E. et al. (eds) 2013. Die neue Governance der Wissenschaft. Science Studies, Bielefeld

Jahn, T. 2008: Transdisziplinarität in der Forschungspraxis. In: Bergmann, M./Schramm, E. (Hg.): Transdisziplinäre Forschung. Integrative Forschungsprozesse verstehen und bewerten. Frankfurt am Main/New York, 21–37

Jahn, T./Keil, F. 2012: Kriterien für politikrelevante Nachhaltigkeitsforschung – Anforderungsprofil für Forschungsförderer, Forschende und Praxispartner aus der Politik zur Verbesserung und Sicherung von Forschungsqualität – ein Wegweiser. Dessau

Jahn, T./Bergmann, M./Keil, F. 2012: Transdisciplinarity: Between mainstreaming and marginalization. Ecological Economics, Vol. 79, July 2012, 1–10

Peer Review 2013 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie unter:

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/peer-review/>

Schwab, Martin 2008. Kooperative staatliche Entscheidungen und das Demokratieprinzip. Politikberatung S. Bröchler und R. Schützeichel. Stuttgart: Lucius & Lucius, 217-23

WBGU 2011. Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin: WBGU.